A6 Soziales, Kita, Schule & Jugend

Gremium:	Vorstand des KV Trier
Beschlussdatum:	10.11.2023
Tagesordnungspunkt:	4. Beschlussfassung Wahlprogramm

Text

Trier ist eine sehr bunte Stadt, in der es viele unterschiedliche Menschen friedlich und gut zusammenleben. Trier ist weltoffen, und seine Bewohner*innen stellen sich immer wieder in erfreulich großer Zahl gegen demokratiefeindliche und menschenverachtende Bestrebungen und Agitatoren. All das sorgt dafür, dass Trier eine wirklich lebenswerte Kommune ist. Aber eines ist Trier leider noch nicht: eine wirklich inklusive Stadt!

Echte Inklusion endet für uns ausdrücklich nicht mit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung – auch wenn es allein hier schon genug Baustellen gäbe. Wenn wir von echter Inklusion sprechen, meinen wir, dass wirklich alle Menschen die gleichen Chancen in allen Bereichen haben, und es keinerlei Faktoren gibt, die sie von der Teilhabe an irgendetwas abhalten. Das können beispielsweise auch ein kleiner Geldbeutel, eine schwierige Bildungsbiografie oder Sprachbarrieren sein. Die Hindernisse sind vielschichtig, und im folgenden Kapitel wollen wir, ausgehend von diesem Verständnis einer inklusiven Stadt als großes Ziel, einige unserer konkreten Forderungen erläutern.

Das Erreichen einer wirklich inklusiven Stadt kostet Geld. Wir wissen auch, dass die Haushaltslage Triers ausgesprochen angespannt ist und es von den übergeordneten Ebenen immer den Druck gibt möglichst, alles was – aus deren Perspektive – nicht zwingend nötig ist einzusparen.

Wir fordern daher eine Abkehr von der Doktrin der „Schwarzen Null“, bei der es keine Neuverschuldung geben darf und die inzwischen auch die Kommunen in einer festen Umklammerung hält und kaum Gestaltungsspielraum lässt. Für uns steht zweifelsfrei fest: Alles, was an sozialen Investitionen jetzt eingespart wird, führt zu deutlich höheren Kosten in der Zukunft, weil die Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet und Menschen abgehängt werden.

Allen Menschen zu ihrem Recht verhelfen (Sozialhilfe, Sozialamt und geltendes Recht)

Viele Menschen – nicht nur in Trier – haben Anspruch auf staatliche Unterstützungsleistungen, die sie aber nicht erreichen. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Klar ist: Kein einziger Grund ist hinnehmbar! Laut Sozialgesetzbuch hat jeder Mensch einen Anspruch auf umfassende Beratung über seine rechtlichen Ansprüche. Dies gilt explizit auch dann, wenn er sich an eine vermeintlich „falsche“ Behörde oder mit einem unkonkreten Anliegen meldet.

Unsere konkreten Forderungen sind daher:

- Wir sehen die Stadt in der Verantwortung, durch konsequente Weiterbildung und das Schaffen einer gemeinsamen Mentalität der städtischen Ämter dafür

zu sorgen, das geltendes Recht umgesetzt wird. Das Ziel ist, dass die Bürger*innen das Gefühl bekommen, „Leistungen aus EINER Hand“ zu erhalten.

- Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler. Die hohe deutschlandweite Erfolgsquote von Sozialgerichtsentscheidungen zeigt, wie oft auch im Bereich sozialer Hilfen rechtswidrige Entscheidungen getroffen werden. Dies hat nichts mit böser Absicht der Mitarbeitenden der Behörden zu tun, sondern mit dem durch den Zwang zum Einhalten des Budgets entstehenden Druck. Gerade deshalb sehen wir die Stadt in der Verantwortung, Bürger*innen umfassend dabei zu unterstützen und über ihre Möglichkeiten aufzuklären, wenn diese sich gegen einen Bescheid wehren wollen.

- Ein besonders gelungenes Beispiel für eine Unterstützung auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft stellen die seit 2018 deutschlandweit aktiven Stellen der „Ergänzenden Unabhängigen Teilhabe Beratungen (EUTB)“ dar, bei denen sich von Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen mit allen Anfragen an ihre EUTB®-Beratungsangebote vor Ort wenden können. Die EUTB Trier ist daher ein wichtiges Angebot, dessen Arbeit von der Stadt unterstützt werden sollte.

Wir brauchen alle Menschen! (Arbeitsmarkt)

Aktuell herrscht überall akuter Fach- und Arbeitskräftemangel. Dies ist eine Folge der demografischen Entwicklung, wird aber auch dadurch begünstigt, dass wir über Jahrzehnte exklusive Strukturen geschaffen haben, die bestimmte Menschen aktiv vom sogenannten „Ersten Arbeitsmarkt“ fernhalten. Damit muss Schluss sein. Wir können es uns als Gesellschaft nicht mehr leisten, auf nur eine*n einzige*n arbeitswillige*n Bürger*in zu verzichten. Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten „festsitzen“, solche mit schwierigen Erwerbs- oder Bildungsbiografien oder mit Migrationsgeschichte: Wir brauchen sie alle!

Die Stadt Trier sollte dazu in einen stetigen Austausch mit Kammern, Verbänden, Arbeitgebern, Hoch- und Berufsschulen gehen, um über dieses Thema zu sprechen und dabei auch die Möglichkeiten eines „Kompetenzclusters Fachkräftezuwanderung“ zu diskutieren.

Konkret fordern wir:

- Wir fordern die Stadt und das Jobcenter auf, Menschen, die zugewandert sind, aktiv dabei zu unterstützen, Arbeit zu finden und dabei alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Deshalb begrüßen wir es, dass der Spurwechsel vom Asylverfahren in den Arbeitsmarkt erleichtert wird.

- Es ist gut, dass die Stadt ein kommunales Inklusionskonzept verabschiedet hat. Dieses muss jedoch fortgeschrieben, aktiv weiterentwickelt und vor allem mit Leben gefüllt werden. Dazu gehört es auch, die städtische Verwaltung zu einem leuchtenden Beispiel für einen inklusiven Arbeitgeber zu machen, der auch aktiv auf die Menschen zugeht und ihnen Arbeit

anbietet, die auf Grund von Behinderung oder anderer Hindernisse von anderen übersehen werden.

- Das sogenannte „Budget für Arbeit" ist ein gutes Konzept, mit dem Arbeitgeber, die Menschen mit besonderen Bedarfen einstellen, unterstützt werden, indem sie für Mehrausgaben durch die Einstellung entschädigt werden. Die Stadt sollte diese Möglichkeit nicht nur selbst nutzen und „Budgetarbeitsplätze" in der eigenen Verwaltung schaffen (siehe vorheriger Punkt), sondern sie auch aktiv bewerben und sie bei den Arbeitgebern im Stadtgebiet bekannter machen.

- Wir sehen die Stadt auch in der Verantwortung, ein sozialbewusster Arbeitgeber zu sein, und fordern daher verstärkt, auf eigene Tarifbeschäftigte im unteren Lohnbereich anstelle von externen Vergaben zu setzen.

- Wir fordern die Stadt auf, gemeinsam mit sozialen Trägern und Bildungseinrichtungen umfassende inklusive Aus- und Weiterbildungsangebote zu entwickeln, da gerade auch junge Menschen oft aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden, wenn sie einen besonderen Bedarf für Unterstützung haben.

Armut und deren Folgen bekämpfen

Wer mit offenen Augen durch Trier geht, wird auch in unserer Stadt eine augenfällige Zunahme der Armut wahrnehmen. Der Staat ist in der unbedingten Verantwortung, jede Form von Armut und ihre Folgen aktiv zu bekämpfen. An ganz vielen Stellen – und ganz besonders in Trier, wo wir eine überdurchschnittliche gute Landschaft von sozialen Angeboten haben – springen für staatliche Stellen ehrenamtliche Helfer*innen und Vereine ein, um die größte Not zu bekämpfen. Dafür sind wir unendlich dankbar. Wir sind aber auch der Überzeugung, dass es in einem reichen Land wie Deutschland eigentlich nicht die Aufgabe von Ehrenamtlichen sein darf, die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Der Staat muss mehr Verantwortung übernehmen und sie nicht immer weiter abgeben. Auch wenn an dieser Stelle die Kommune selten die Gestaltungsmöglichkeiten hat, etwas am großen Ganzen zu verändern, gibt es einzelne Schrauben, an denen wir auch vor Ort drehen können.

Wir fordern konkret:

- Die Einführung des Solidarkarte in Trier ist ein großer Erfolg, doch aus unserer Sicht ist es zwingend notwendig, dass die Berechtigten auch den ÖPNV deutlich vergünstigt nutzen können. Als Fernziel wünschen wir uns einen kostenlosen ÖPNV für alle nach dem Vorbild Luxemburgs. Hierbei kann die Einbindung des Solidarkarte in die Tarifstruktur ein erster Schritt sein.

- Die Bundesagentur für Arbeit und das Jobcenter sind für viele Menschen, die arbeitslos geworden sind, eine wichtige Anlaufstelle beim Erhalten der ihnen zustehenden Leistungen. Wir erwarten daher, dass diese Behörden sich

stetig weiterentwickeln und gute Dienstleister für die Bürger*innen werden.

- Die Trierer Tafel zeigt auf vorbildliche Weise, wie eine Verknüpfung von Hilfe bei unmittelbarer existentieller Not und sozialer Beratung zu geltenden Rechtsansprüchen für die sie aufsuchenden Menschen aussehen kann. Ziel muss es sein, dieses Angebot als Stadt mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen.

- Menschen, die wohnungs- oder obdachlos geworden sind, werden häufig stigmatisiert und auf Grund von begleitenden Suchterkrankung an den Rand der Städte gedrängt. Dies ist auch in Trier zu beobachten. Man bekämpft Armut jedoch nicht mit Verdrängung.

- Aus unserer Sicht ist das Modell „Housing First", bei dem Menschen zuallererst und ohne Vorbedingungen wieder eine Wohnung vermittelt und dann alle anderen Probleme angegangen werden, das einzig erfolgversprechende Konzept. Trier soll dieses Konzept standardisiert anwenden.

Frühzeitig helfen – Junge Menschen schützen

Kinder und Jugendliche benötigen besonderen Schutz. Insbesondere dort, wo Familien mit dieser Aufgabe überfordert sind, ist es wichtig, möglichst früh einzugreifen und Menschen effektiv zu helfen. Viele leiden noch heute im schulischen oder persönlichen Bereich unter den Folgen der Coronakrise. Andererseits führt verwehrte Hilfe oft zu psychischen Auffälligkeiten und Erkrankungen. Das Risiko, in jungen Jahren straffällig zu werden, wächst. Deshalb dürfen auch die präventiven Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe nicht aus haushälterischen Gründen in Frage gestellt werden.

Konkret fordern wir:

- Präventive Angebote der Kinder- und Jugendhilfe dürfen nicht gekürzt werden, sondern im Gegenteil müssen in der Zukunft hoffentlich entstehende Spielräume zuerst für die Stärkung der präventiven Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden.

- Anders als zum Beispiel beim Angebot an Kitas oder auch der Krankenhaussituation in Trier, wo kirchliche Träger teilweise eine Monopolstellung haben, gibt es im Bereich der Jugendhilfe eine große Vielfalt in der Landschaft der freien Träger. Die Stadt muss dafür Sorge tragen, dass diese erhalten bleibt. Dazu ist es von zentraler Bedeutung, dass die freien Träger die Stadt auch in Zukunft als zuverlässigen Partner erleben, der an gemeinsamen Lösungen interessiert ist.

Teilhabe an Bildung für alle Menschen gewährleisten

Der Zugang zur Bildung ist ein Menschenrecht, dass allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Behinderung oder Erkrankung,

Herkunft oder dem Einkommen der Eltern zusteht. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Stadt Trier dies immer und überall gewährleistet. Eine qualitativ hochwertige Bildung und Erziehung in den Kindertagesstätten, (Hoch)-Schulen und auch den Betrieben sind die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, persönliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit, aber auch ein Baustein für ein solidarisches Zusammenleben der Gesellschaft.

Konkret fordern wir:

- Die räumliche Situation in unseren Bildungseinrichtungen ist wichtig für ein erfolgreiches Lernen und eine gute Gemeinschaft. Deshalb muss die Sanierung der Trierer Schulen und Kindertagesstätten in den kommenden fünf Jahren oberste Priorität genießen. Nach vielen Verzögerungen hat dabei die Integrierte Gesamtschule für uns eine hohe Priorität. Ebenso müssen die überfällige Zusammenlegung der Grundschulen Trier-West und Pallien sowie die Sanierung der Grundschule Quint und der Egbertschule mit Nachdruck abgeschlossen werden.

- Sanierte Gebäude für Schulen und Kitas müssen in Schuss gehalten werden. Dies wurde in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt. In Zukunft wollen wir deshalb die finanziellen Mittel im Haushalt hierfür deutlich erhöhen, um die vorhandene Gebäudeinfrastruktur zu erhalten.

- Das Land Rheinland-Pfalz belegt beim Thema inklusive Schule einen hinteren Platz. Die Fehler der Landesregierung werden wir in Trier nicht kompensieren können. Es ist aber unser Anspruch, inklusive Schule auszubauen und zu stärken. Personelle und finanzielle Ressourcen müssen soweit möglich von exkludierenden hin zu inklusiven Angeboten verlagert werden.

- Wir sind froh darüber, dass die Freie Montessori Schule Trier, mit ihrem hervorragenden inklusiven Angebot erfolgreich gestartet ist. Wir werden sie weiterhin unterstützen, weil sie eine sehr wichtige Bereicherung unserer Schullandschaft darstellt.

- Der Ausbau der Ganztagsbetreuung wird in den kommenden fünf Jahren eine zentrale Herausforderung für die Stadt Trier sein. Neben der Schaffung entsprechender Räumlichkeiten sowie neuer Plätze wollen wir vor allem eine Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung in den Blick nehmen. Dies muss für alle Einrichtungen gelten, da die Qualität nicht vom Einkommen der Eltern abhängen darf.

- Die Situation in den Familien ist in den vergangenen Jahren immer schwieriger geworden. Corona hat vorhandene Probleme verstärkt oder neue geschaffen. Viele junge Menschen sind mit ihrer persönlichen Situation in Schule oder Elternhaus überfordert. Deshalb ist es wichtig, Schulsozialarbeit in allen Schulformen bedarfsgerecht anzubieten und auszubauen.

- Die Durchsetzung des individuellen Rechtsanspruchs auf inklusive Teilhabe ist für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung zentrale Voraussetzung einer erfolgreichen Teilnahme am Bildungssystem. Dieser Anspruch ist an vielen Stelle noch nicht durchgesetzt. Wir müssen weiter

daran arbeiten, diesen in allen Kindertagesstätten, Horten und Schulen konsequent umzusetzen.

- Schule und Kindertagesstätte sind Orte, an denen junge Menschen sehr viel Zeit verbringen. Deshalb ist es wichtig, die räumliche Situation so zu gestalten, dass sie auch adäquate Aufenthaltsmöglichkeiten und Rückzugsräume bietet. Ein wichtiger Bestandteil ist das tägliche Mittagessen. In den vergangenen Jahren ist es auch – dank unserer vielen Initiativen – gelungen, die Qualität des Essens deutlich zu erhöhen. Bei der anstehenden Schaffung weiterer Angebote müssen diese Standards konsequent umgesetzt und dort, wo es möglich ist, durch Einrichtung von Frischküchen verbessert werden.

- Junge Menschen müssen sicher und bequem zur Schule oder zum Ausbildungsplatz und wieder nach Hause kommen. Die Schaffung guter Schulwege ist deshalb unser Anliegen. Wir setzen uns für die kostenfreie Nutzung des ÖPNV für alle Schüler*innen und Auszubildenden ein. Im Bereich von Kindertagesstätten und Schulen müssen sichere Straßenquerungen erhalten oder geschaffen werden.

- Musik, Theater oder Kunst ist für viele junge Menschen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens. Andere haben jedoch aus unterschiedlichen Gründen keine oder nur erschwerte Zugänge. Es ist deshalb auch Aufgabe von Kindertagesstätten und Schulen, jungen Menschen einen Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Deshalb wollen wir uns für einen Ausbau der Kooperation, dieser Einrichtungen mit den Kultureinrichtungen in Trier (Tufa, Europäische Kunstakademie, Theater, Orchester und weitere) einsetzen.

Gleiche Rechte für Menschen aller Geschlechter

Es ist eine Tatsache, dass es deutlich mehr als zwei oder drei (das dritte wäre dann „divers“) Geschlechter gibt. Jedoch ist es nach wie vor so, dass jedes Geschlecht, das nicht das heteronormativ männliche ist, massiv benachteiligt wird. Nicht nur – aber besonders auch – Frauen werden vermehrt Opfer von häuslicher Gewalt. Auch die beruflichen Chancen und ungleiche Bezahlungen sind immer noch ein gravierendes Problem.

Wir fordern daher konkret:

- Die Stadt muss aktiv Verantwortung für den Schutz von Gewalt betroffenen Frauen, Inter-, Nicht-Binäre, Trans und A-Gender Personen (FINTA) übernehmen. Dazu gehört auch, die Zahl der Plätze im Trierer Frauenhaus zu erhöhen und ggf. ein zweites Angebot zu schaffen, bei dem alle FINTA-Personen Platz finden können und zugleich der Schutzraum „Frauenhaus“ erhalten bleibt.

- Es müssen Übergangswohnungen für Frauen bereitgestellt werden, die aus dem Frauenhaus ausziehen möchten und noch keine eigene Wohnung gefunden haben.

Dies schafft dann freie Plätze für akute Fälle im Frauenhaus und ermöglicht gleichzeitig eine weitere Begleitung der ausziehenden Person.

- Es ist von essenzieller Bedeutung, Präventionsangebote (wie z. B. Anti-Aggression-Trainings) beizubehalten und auszubauen, da wir nur so aktiv Partnerschaftliche Gewalt bekämpfen und eindämmen können.

- Die Stadt ist in der Verantwortung, die Sexarbeit auf der Straße so sicher wie möglich für die Sexarbeiter*innen zu machen. Dazu gehört, dass am neuen Standort des „Straßenstrichs“ die aufsuchende Sozialarbeit ausgebaut und der aufgestellte Aufenthaltscontainer möglichst einfach für die Frauen zugänglich gemacht wird. Auch die Zahl an Beratungsangeboten muss erhalten bleiben, da so auch Ausstiegshilfe geleistet werden kann.

- Wir fordern auch, dass das aktuelle kommunale Bordellkonzept überprüft und weiterentwickelt wird. Wenn der Rückgang der Zahl der Bordelle (wie es derzeit scheint) dazu führt, dass sich die Sexarbeit in die Illegalität verlagert und anschließend noch mehr im Verborgenen stattfindet, ist dies gefährlich für die Sexarbeiter*innen und nicht das angestrebte Ziel.

- Die Situation für Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch benötigen, ist in Trier nach wie vor katastrophal. Wir fordern, dass die Stadt Anlaufstellen schafft, bei welchen Frauen Hilfe erhalten und die Etablierung einer Stelle für medikamentöse Abbrüche unterstützt.

Kinder und Jugendliche sind Teil der Stadt

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf ihren Platz in der Stadt. Wir werden sicherstellen, dass sie neben Kita und Schule ihre eigenen Räume und Plätze haben, an denen sie sich aufhalten, ihre Freizeit gestalten oder einfach entspannen können. Die Mehrheit von ihnen verfügt über wenig finanzielle Ressourcen. Diesen Umstand werden wir bei der Planung und Umsetzung von Konzepten beachten.

Wir fordern konkret:

- Inzwischen wurde ein umfangreiches Konzept zur Sanierung der öffentlichen Spielplätze in der Stadt erarbeitet. Wir haben uns dafür eingesetzt und werden das auch in Zukunft weiter tun, dass diese nach Möglichkeit für alle Kinder zugänglich und nutzbar sind. Die Umsetzung der notwendigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen muss konsequent weitergeführt werden. Allzu oft sind Spielplätze in der Vergangenheit in der Prioritätenliste nach unten gerutscht. Wir setzen uns dafür ein, dass dies in Zukunft nicht mehr geschieht, sondern dass die Planungen zeitgerecht umgesetzt werden.

- Die Verwaltung soll prüfen, inwieweit schulische Spiel- und Sportplätze auch außerhalb der Schulzeit von Kindern und Jugendlichen genutzt werden können.

- Die Straßen, Plätze und Parks in Trier sind auch für junge Menschen da. Sie haben das Recht, sich dort aufzuhalten und ihre Freizeit zu

verbringen. Eine Diskussion darüber, ob sie dort verdrängt werden sollen, lehnen wir ab.

- Das Pop-up-Jugend Café am Augustinerhof war ein erster und wichtiger Schritt, den Wunsch vieler junger Menschen in Trier nach einem Treffpunkt ohne Konsumzwang zu erfüllen. Es ist wichtig, jetzt sehr schnell eine dauerhafte Lösung in festen Räumen zu finden, so dass das Jugend Café auch unabhängig vom Wetter geöffnet sein kann. Zugleich sollte das saisonale Outdoor-Café am Augustinerhof weitergeführt werden. Denn es belebt den Platz und bietet wertvolle Aufenthaltsqualität. Die gute Nachfrage zeigt zudem, dass auch temporäre Angebote ihre Berechtigung haben und auch an anderen Orten in der Stadt stationiert werden sollten.

- Wir wollen die Skatehalle in Trier West dauerhaft erhalten. Dort wird wertvolle Jugendarbeit geleistet, die wir unterstützen und ausbauen wollen. Darüber hinaus können vorhandene Räume im Obergeschoss auch für andere Zwecke, zum Beispiel Probenräume, genutzt werden. Nachdem die Umzugspläne nach Kürenz gescheitert sind, ist es jetzt wichtig, den Standort endgültig zu sichern und Maßnahmen zu ergreifen, um die Gebäudesubstanz zu erhalten.

- Mit dem Jugendparlament und der Jugendkonferenz hat die Stadt Trier zwei sehr gute Instrumente für junge Menschen geschaffen. Die Umsetzung der dort formulierten Wünsche dauert häufig jedoch unverhältnismäßig lang und birgt deshalb die Gefahr, junge Menschen zu frustrieren. Deshalb ist eine möglichst schnelle Umsetzung jedenfalls der zentralen Forderungen von Jugendparlament und Jugendkonferenz für uns besonders wichtig. Dabei sehen wir auch die Verwaltung in der Pflicht, junge Menschen dabei zu unterstützen, ihre Anliegen in die kommunalen Ausschüsse und den Stadtrat zu tragen und dort zur Abstimmung zu bringen.

- Die Stadt und zahlreiche freie Träger stellen umfangreiche Angebote zur Freizeitgestaltung von Jugendlichen bereit. Diese spiegeln das Spektrum breit gefächerten Interessen junger Menschen wieder. Der Erhalt dieser Angebote ist von zentraler Bedeutung. Sie dürfen nicht an finanziellen Restriktionen scheitern. Es muss in Zukunft gewährleistet werden, dass diese vielfältigen Angebote, unabhängig vom Einkommen der Eltern von allen jungen Menschen wahrgenommen werden können. Wir wollen erreichen, dass die Zahl der barrierefreien Angebote auch durch das zur Verfügung stellen von Assistenz ausgeweitet wird.

Gesundheit

Auch das Gesundheitssystem muss für alle Menschen die nötige Versorgung anbieten. Es darf keinen Grund geben, dass einzelne Menschen notwendige Behandlungen nicht erfahren oder von der Gesellschaft ausgeschlossen werden, weil sie beispielsweise bestimmte körperliche Besonderheiten aufweisen oder zusätzliche Unterstützung benötigen.

Wir fordern konkret:

- Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Wiederinbetriebnahme des Klinikums Ehrang nach der Flutkatastrophe inzwischen gesichert scheint und sehen die Stadt in der Pflicht, hier alle nötigen und möglichen Unterstützungen zu leisten. Dies gilt auch für den Erhalt der weiteren Klinikstandorte im Stadtgebiet. Trier kann auf keinen der Standorte verzichten.

- Durch den demografischen Wandel erhalten auch die Versorgung und Pflege älterer Menschen immer größere Bedeutung. Wir sehen die Stadt in der Verantwortung, innovative Pflegekonzepte zu entwickeln und die Teilhabe von älteren Menschen bei allen städtischen Projekten im Blick zu behalten.

- Die Situation bei der Geburtshilfe in Trier ist nach wir vor angespannt. Gerade die Zahl an Hebammen nimmt immer weiter ab. Im Moment ist eine Geburt außerhalb des Kreißsaals in Trier nur noch schwer umsetzbar, weil es an geeigneter Unterstützung fehlt. Die Stadt muss gemeinsam mit allen zuständigen Stellen und unter Einbindung von Gesundheitspersonal, Hebammen und Familien eine Lösung entwickeln, die auch das Wahlrecht der Frauen bezüglich des Geburtsortes wieder stärkt.

- Die Einführung der Gesundheitskarte für Geflüchtete in Trier war ein voller Erfolg. Sie muss unbedingt beibehalten werden.

- Der Mangel an öffentlichen Toiletten in der Trierer Innenstadt ist häufig thematisiert worden. In den vergangene fünf Jahren ist hier auch ein Fortschritt zu erkennen. Für Menschen mit Behinderung ist das Angebot aber immer noch nicht ausreichend. Nach wie vor fehlt es vor allem an Tischen, auf denen erwachsene Menschen gewickelt werden können. Hier ist die Stadt in der Verantwortung gegenzusteuern.